Nr. 303 XXVII. Jahrgang — Freitag, 7. November 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 36, 13 8 87, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 90 Pf., die 70 mm breite Reklamezeile M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 5.50. Für Stellen- und Mietgesuche 10 % Preisermäßigung. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach f. Tarifen. Ziffergebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Bezirks- und auswärtigen Annoncenstellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 3.00, vierteljährlich M. 6.00. Für das wöchentliche Beiblatt „Illustriertes Neuestes" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neuestes" monatl. M. 2.00, vierteljährl. M. 6.00; Ausg. B mit „Illustr. Neuestes" „ „ 2.15 „ „ 6.45.
Postbezug im Ausland lt. Eintragung in die Postliste. Kreuzbandsendungen monatlich M. 1.50, nach dem Auslande M. 1.50. Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 10 Pf.

Revolutionäres Streikfieber

Stehen wir unmittelbar vor einem neuen politischen Generalstreik? Das ist die Frage, die sich von selbst ergibt, wenn man die Gärung beobachtet, die sich nicht nur in Berlin, sondern auch an andern Stellen des Reiches bemerkbar macht. Die Jahrestage der russischen und der deutschen Revolution sind den Radikalen aller Grade offenbar willkommen, Anlässe, um die Leidenschaften aufzupeitschen und die Arbeiterschaft zu unüberlegten Schritten zu verführen. Es ist keine Frage, daß die Not, in der sich Deutschland befindet, augenblicklich wieder einmal besonders hart und drückend in die Erscheinung tritt. In den außenpolitischen Schwierigkeiten, die durch die neue Note der Entente sehr grell beleuchtet werden, treten die inneren, Mangel an Rohstoffen, an Kohlen, Nahrungsmitteln — man kennt die lange Liste all der Dinge, nach denen wir hungern und die uns nur dann reichlicher zufließen werden, wenn wir angestrengt und ohne willkürliche Unterbrechung des Produktionsprozesses arbeiten und nochmals arbeiten. Wir haben den Ernst der Lage, in der sich Deutschland befindet an dieser Stelle immer wieder betont, aber gleichfalls, daß eine Veranlassung vorliegt, nun etwa angesichts der auf uns einstürmenden Schwierigkeiten die Lage als zu pessimistisch zu beurteilen oder vollends den Kopf zu verlieren. Ueber die Zustände der ersten Revolution, wo die Oeffentlichkeit schutzlos dem Terror der Straße preisgegeben war, sind wir denn doch glücklicherweise hinaus.

Aber jetzt werden wirtschaftliche und politische Gründe verquickt, um der Arbeiterschaft wieder einmal die Notwendigkeit, aus den Vorkriegen zu gehen und zu feiern, schmackhaft zu machen. Die Regierung hat es bisher abgelehnt, den Gefahren der wilden Streiks zu politischen Zwecken und mit politischen Zielen vorbeugende Maßnahmen entgegenzusetzen. Das merkt man jetzt wieder deutlich in der Reichshauptstadt, wo seit einigen Wochen erneut planmäßig gehetzt und geschürt worden ist, um den 9. November zum Geburtstag einer zweiten Revolution zu machen. Der Metallarbeiterstreik, der ursprünglich aus überwiegend wirtschaftlichen Gründen ausgebrochen ist, hat im Laufe der letzten Wochen durch die Treibereien von Unabhängigen und Kommunisten unverkennbar einen starken politischen Einschlag erhalten. Den Metallarbeitern wollten bei der Straßenbahn gewisse Elemente durch eine abermalige Lahmlegung des großen Berliner Verkehrs zu Hilfe kommen. Gestern nachmittag hatten die Funktionäre der Straßenbahner bereits einen dahingehenden Beschluß gefaßt, hatten aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Oberkommandierende in den Marken, das ist Noske ja bekanntlich neben seiner Eigenschaft als Reichswehrminister auch noch, hat nämlich seinen bekannten Erlaß, der die Aufforderung zur Lahmlegung lebenswichtiger Betriebe verbietet und der seiner Zeit wieder zurückgezogen werden mußte, erneut. Gleichzeitig hat die Regierung mit Maßnahmen zur Verhütung des Streiks bei der Straßenbahn eingegriffen. Der Arbeiterausschuß der Straßenbahner hatte zum Mittwoch abend Vertrauensmännerversammlungen einberufen, die über die Beteiligung am Generalstreik Beschluß fassen sollten und in die sich die sattsam bekannten Hetzer in großer Zahl eingedrängt hatten. Die Versammlungen wurden kurz vor Beendigung durch Reichswehrtruppen aufgelöst, so daß eine Abstimmung nicht mehr erfolgen konnte. Bezeichnenderweise waren aber nach einem Bericht des „Vorwärts" in diesen Versammlungen schon die Stimmen allgemein gegen eine Beteiligung am Generalstreik und nach dem Urteil des sozialistischen Blattes ist zu erwarten, daß der Straßenbahnbetrieb aufrechterhalten werden wird.

Im Metallarbeiterstreik stehen die Dinge noch immer auf des Messers Schneide. Die Mehrheitssozialisten und selbstverständlich die Demokraten sind nach wie vor gegen den Generalstreik. Eine Versammlung der gesamten Funktionäre dieser beiden Parteien hat sich am Mittwoch noch einmal ausdrücklich in diesem Sinne festgelegt. Ganz so einfach scheint es in der gestrigen Geheimsitzung der Gewerkschaftskommission nicht hergegangen zu sein. Die Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission hat zwar den Eintritt in den Generalstreik abgelehnt, aber nur mit Stimmengleichheit, nämlich mit 66 gegen 66 Stimmen. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, wonach der Ausschuß der Gewerkschaftskommission beauftragt wurde, mit den maßgebenden Behörden zu verhandeln, um die Maßregelungen der bisherigen Betriebsvertrauensleute rückgängig zu machen. Formell ist also der Ausbruch des Generalstreiks durch einen ausdrücklichen Beschluß abgelehnt worden, aber die Erfahrungen haben gelehrt, daß in dieser aufgeregten Zeit derartige Beschlüsse in der Praxis sehr oft über den Haufen geworfen werden. Die Hoffnung besteht bis zu einem gewissen Grade, daß es nicht zum Generalausstand kommt. Aber immerhin wird man gut tun, mit allen Möglichkeiten zu rechnen und im übrigen den Dingen fest und ohne Nervosität in die Augen zu blicken.

Ein Regierungsaufruf

Die Reichsregierung und die preußische Regierung erlassen folgenden Aufruf:

Volksgenossen!

Ein vernichtender Streik soll gegen euch geführt werden. Wir hatten dem Lande das schwere Opfer der zeitweiligen Einstellung des gesamten Personenverkehrs auferlegen müssen, um im letzten Augenblick Kartoffeln und Kohlen in die Städte zu bringen. Diese für Hehntausende von Kriegen außerordentlich harte Anwendung mußte getroffen werden, um das Gespenst des Hungers, der Kälte und der Arbeitslosigkeit fernzuhalten. Sie kann nur zum Erfolg führen, wenn alle Kräfte angespannt werden, um die freiwerdenden Transportmittel auch wirklich bis zum letzten auszunutzen. Um diesen Erfolg soll das deutsche Volk betrogen werden. Gerade jetzt wird zum politischen Generalstreik aufgefordert. Ein Anschlag auf Leben und Gesundheit wird damit geschmiedet, in seinen Folgen so verhängnisvoll, daß die gesamte Bevölkerung ihm in einheitlicher Front den entschiedensten Widerstand entgegensetzen muß. Der Kampf der Metallarbeiter ist, soweit er ein wirtschaftlicher Kampf war, durch Verhandlungen so gut wie gegenstandslos geworden. Trotzdem soll weiter gekämpft werden. So diktiert es eine zum äußersten bereite Minderheit, an ihrer Spitze die von Radikalen beherrschte Fünfzehner-Kommission und der unabhängig-kommunistische Rumpfvollzugsrat. Sie sprechen offen von dem „nun politisch gewordenen Kampf". Das deutsche Volk will Frieden, Ruhe, Ordnung und Brot. Es weiß, daß die Arbeit dieser Tage keinen Aufschub duldet und es wird sich in seiner überwiegenden Mehrheit gegen Elemente wehren, die es noch tiefer ins Unglück stürzen. Wir sind verantwortlich für Leben und Gesundheit von 60 Millionen Deutscher. Wir werden sie mit Anbietung aller Kräfte schützen. Volksgenossen! Steht uns in diesen schweren Tagen zur Seite.

Entscheidung heute mittag

Berlin, 6. November. (Eig. Drahtbericht.) Von dem Vollzugsrat wird mitgeteilt, daß die Entscheidung über den Generalstreik heute mittag fällt. Die Truppen von Groß-Berlin sind auf eine Stärke von 40 000 Mann gebracht worden und stehen in erhöhter Alarmbereitschaft.

Die Lage

Berlin, 6. November. In den Kreisen der Reichsregierung wurde die Streiklage gestern nachmittag folgendermaßen beurteilt: Es muß in jedem Falle mit einer Verschärfung der Streiklage gerechnet werden. Mitglieder des radikalen Vollzugsrates hätten sich dahin geäußert, auch lebenswichtige Betriebe lahmzulegen. Auch die Entladung der Kohlen- und Lebensmittelzüge will man unterbinden. Die Regierung sei entschlossen, mit allen Mitteln diesem Generalstreik entgegenzutreten. Die Gründe für die Verkehrssperre seien nicht, wie vielfach vermutet wird, in der Befürchtung von Unruhen zu suchen, sondern in den Vorstellungen des Reichskohlenkommissars und in den Hilferufen der süddeutschen Städte. Dazu komme die große Kartoffelnot in Preußen. Ursprünglich hatte man beschlossen, notwendige Personenzüge weiterhin verkehren zu lassen. Diese Absicht hat man aber selbst wieder aufgeben müssen. Auch nach dem 15. November würden noch sehr bedeutende Einschränkungen nötig sein. Falls die Transportmittel infolge einer Streikbewegung nicht voll in der Zeit vom 5. bis 15. November ausgenutzt würden, seien diktatorische Maßnahmen notwendig, für die bereits Vorbereitungen getroffen seien.

Gegen die Streikhetzer

Gestern nachmittag nahm in Berlin eine Versammlung der Gesamtfunktionäre der sozialdemokratischen und demokratischen Fraktion zu dem gestern in der „Freiheit" veröffentlichten Aufruf zum Generalstreik Stellung. In der Versammlung kam einhellig zum Ausdruck, daß man den Unterzeichnern jenes Aufrufes das Recht abspricht, im Namen der Berliner Arbeiter zu sprechen und zu handeln. In einer von der Versammlung einstimmig beschlossenen Entschließung heißt es: „Die im Metallarbeiterstreik noch vorliegenden Differenzpunkte können für die Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins keine Veranlassung bieten, in einen Generalstreik einzutreten. Die Arbeiterschaft Groß-Berlins hat um so mehr Veranlassung, sich mit aller Entschiedenheit gegen die gewissenlose Generalstreikhetze derjenigen zu wenden, die durch sie die Niederlage der unfähigen Streikleitung verwischen wollen, als der Generalstreik nach dem heutigen Aufruf der „Freiheit" ausdrücklich als politischer Kampf gekennzeichnet wird. Die Versammlung fordert die Arbeiterschaft auf, der Generalstreikparole unverantwortlicher Hetzer nicht zu folgen, sondern sich entschlossen hinter die berufenen Körperschaften (Gewerkschaftsbund, Parteivorstand) geschlossen zu stellen und nach deren Parole zu handeln."

Angestelltenstreik in der Mannheimer Metallindustrie

Mannheim, 5. November. Die Angestellten der Mannheimer Metallindustrie lehnten den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der ihnen Gehaltsaufbesserungen von 50, 35 und 25 M. bewilligte, ab und stimmten zu etwa 85 Proz. für den Ausstand, der für Angestellte und Beamte morgen früh beginnt.

Die Revolutionsfeier in München

Nach einer Meldung aus München haben die dortigen Betriebsräte beschlossen, die Revolutionsfeier am Sonnabend durch Arbeitsruhe zu begehen. Sie setzten sich mit den sozialdemokratischen Parteien in Verbindung, damit die Münchner Feiern am 8. November abgehalten werden. Die Parteileitung der S. P. D. kam dem Wunsche der Betriebsräte entgegen.

Die Folgen des Bergarbeiterstreiks

Amsterdam, 5. November. Laut „Telegraaf" melden die „Times" aus Washington, daß die tägliche Steinkohlenerzeugung auf ein Drittel bis ein Viertel der normalen Erzeugung gesunken sei.

Die unmenschliche Diktatur

Genf, 6. November. (Eig. Drahtbericht.) „Homme libre" schreibt zu der Entente-Note an Deutschland: Auch über die neue Entente-Note gibt es kein Verhandeln mit Deutschland. Die Note ist nur anzunehmen oder abzulehnen. Im letzteren Falle wird der Frieden nicht ratifiziert. — Havas meldet: Der deutsche Geschäftsträger machte darauf aufmerksam, daß die Frist zur Entsendung einer deutschen Delegation bis 10. November kaum innegehalten werden könne. Da aber ein Antrag des Geschäftsträgers nicht vorliegt, konnte der Rat der Alliierten auch noch keine Stellung zu ihm nehmen.

Reichskanzler Bauer zum Friedenstermin

Berlin, 6. November. Wie aus Flensburg berichtet wird, sagte der Reichskanzler Bauer in einem Gespräch zu einem Journalisten: Nach den letzten Nachrichten aus Versailles durfte man wohl damit rechnen, daß der Friede Mitte November in Kraft treten werde. Wir sind solche Ankündigungen aus berufenem und unberufenem Munde nunmehr seit längerer Zeit gewöhnt. Leider haben die Erfahrungen immer wieder gelehrt, daß solche Voraussagungen das Schicksal der meisten Prophezeihungen teilen, daß sie nämlich hernach nicht eintreffen. Wir glauben, daß die führenden Regierungsmänner sich hierbei ruhig eine etwas größere Reserve auferlegen könnten, vornehmlich in einer so wichtigen Frage wie diese, denn das deutsche Volk erwartet mit Spannung und Sehnsucht den Tag, der ihm nun endlich den Wiedereintritt des wirklichen Friedens bezeugen soll. Da sollte man ihm nicht den Mund mit Möglichkeiten wässerig machen, von denen man nicht weiß, ob sie zur Wirklichkeit werden. Wer kann aber nun einmal sagen, wann der Friedenszustand effektiv werden wird?

Eine Verhaftung in Ludwigshafen

Berlin, 6. November. Nach einer Meldung aus Mannheim wurde unlängst auf der Rhein-Brücke von Ludwigshafen der Geh. Kommerzienrat Fassig, der in Ludwigshafen eine Fabrik betreibt, von den Franzosen verhaftet und nach Saarbrücken geschafft. Dann hörte man nichts mehr von ihm. Jetzt wird bekannt, daß er dieser Tage dort wegen angeblicher Verheimlichung beschlagnahmter Vorräte zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist.

Versuchter Goldschmuggel

Heidelberg, 6. November. Von einem einlaufenden Güterzug mußte hier ein Wagen abgehängt werden, da er heißgelaufen war. Dabei fiel eine Kiste wegen ihrer Schwere auf. Sie war, wie sich bei ihrer Oeffnung ergab, mit gemünztem Gold im Werte von über 1 Million Mark gefüllt, das ins besetzte Gebiet geschmuggelt werden sollte. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Der Verkauf der Schiffe an Holland

Aus Paris meldet Reuter: Der Oberste Rat benachrichtigte die Niederlande, daß er an dem Beschlusse festhalte, die nach Kriegsausbruch gekauften deutschen Schiffe nicht als holländisches Eigentum anzuerkennen.

Widerspenstige Truppen

Aus Kowno wird gemeldet: Am 31. Oktober sind etwa 1000 deutsche Soldaten bei Tauroggen in Litauen einmarschiert. Die Versuche, die Truppen zur Rückkehr nach Deutschland zu bewegen, sind bis jetzt erfolglos gewesen.

Reuter meldet: Im Unterhause erklärte Churchill in Erwiderung auf eine Anfrage, das verfügbare Beweismaterial zeige, daß die Stärke der deutschen Streitkräfte in den baltischen Staaten etwa 35 000 Mann betrage, von denen 15 000 anscheinend gewillt seien, nach Deutschland zurückzukehren. Die übrigen 20 000 Mann seien den deutschfreundlichen russischen Truppen unter Bermondt beigetreten, dem Judenlitsch die Anerkennung verweigere und den er in die Acht erklärt habe.

Die Entente-Kommission für das Baltikum

T. U. Berlin, 5. November. Die von der Entente in das Baltikum entsandte interalliierte Militärmission setzt sich wie folgt zusammen: Präsident General Niessel-Frankreich, Mitglieder Brigadegeneral Cheney-Amerika, Brigadegeneral Turner-England, Brigadegeneral Marietti-Italien, Generalmajor Takaredare-Japan.

Die Kämpfe in Nordrußland

Helsingfors, 5. November. An der Gegend des Onega-Sees nehmen die Bolschewisten ein Umgehungsmanöver mit Kavallerie vor und greifen gleichzeitig in der Richtung auf Pieskau heftig an. „Sukunftsladsbladet" meldet aus Riga, daß die Entente-Flotte die Truppen des Obersten Bermondt unter lettischer Flagge beschießt. Die Fortsetzung der Konferenz der Randstaaten findet in Dorpat am 9. November statt.

Amsterdam, 5. November. Laut „Telegraaf" ist in Slowarod (?) ein Aufstand gegen Koltschak ausgebrochen. Die Gouvernements Irkutsk, Jenisei und Tomsk befinden sich ganz in den Händen der Bolschewisten.

Ein französischer Unternehmerverband

Paris, 5. November. (Havas.) Der „Matin" meldet: Unter der Bezeichnung „Confédération Générale de la Production Française" hat sich ein Unternehmensyndikat gebildet, das die Vertreter aller großen französischen Industrien umfaßt, die in 21 Gruppen organisiert sind. Die Statuten des Syndikats bezeichnen als seinen Zweck die Hebung der französischen Produktion und der Ausfuhrkraft.

Der Verkehr mit Brasilien

Berlin, 5. November. Die brasilianische Regierung hat deutschen Handelsschiffen freien Verkehr in den brasilianischen Häfen zugestanden.

Die ungarischen Zustände

Von unserm Sonderberichterstatter

Budapest, im Oktober

Auf der Fahrt

Wenn man heute nach Ungarn will, trifft man Vorbereitungen, wie sie ehemals zur Honolulu nötig waren. Polizeipräsidium, Paßstelle des Auswärtigen Amtes, österreichisches, dann ungarisches Konsulat, Devisenzentrale — das bedeutet in Berlin drei Tage für gewöhnliche Sterbliche. Anderkommen soll es in einer halben Stunde gelingen. Ich bewegte mich in der Mitte.

In München hörte man bereits Schauermärchen über Verbindungen, das heißt über solche, die es nicht sind. Doch als wir in Salzburg eintreffen, steht der Zug nach Wien wahrhaftig noch in der Halle. Aber wieder gelingt es nur einem vom Schicksal Anderkommen, so rasch durch Paßkontrolle und Zoll zu schlüpfen, um noch auf dem Trittbrett des abfahrender Überfüllten Zuges sich häuslich niederlassen zu können. Auf uns andere, teilweise Entleideten, wird nicht mehr gewartet. Im übrigen werde ich mir nächstens die Devisenzentrale sparen. Denn während ich vor der Grenze ängstlich meine Barschaft zählte, ob sie auch sicher nicht mehr als 50 M. und 500 Kr. betrage, holten zwei nette Damen neben mir im Coupé ruhig zehn Tausendmarkscheine heraus. „Ob sie denn nicht wüßten — wir seien doch nicht mehr im Mittelalter", bemerkte ich bleich. Nein, sie ahnten gar nichts von modernen Einrichtungen, wurden aber fast ohnmächtig, als ich ihnen die Folgen ausmalte. Mich packte Mitleid, und ich riet ihnen, die Scheine in einem Pappkarton unter Schokoladebonbons zu verstecken. Bei der Revision stand die kleine Schachtel direkt unter der Nase der Beamten. Die jüngere der Damen bot mir sogar, in fabelhafter Haltung die Schachtel öffnend, einen Bonbon an, während im Koffer des Revisors rauhe Hand gerade ein Seidenhöschen auf Versteckmöglichkeiten zerkrüllte.

Salzburg unter Sternen und am nächsten Morgen in königlichem Glanze warmer Oktobersonne ließ mich den Aufenthalt nicht bereuen, trotzdem mir im Hotel gleich 20 Kr. für ein Stückchen Schinken abgenommen wurden — infolge der Valuta nicht einmal viel. Doch mußte ich an die armen Leute denken, die mit festem Staatsgehalt angestellt sind und heute nicht einmal mit der Hoffnung auf Orden ihren Hunger stillen können. Gottlob gibt es ihrer nur wenige in Salzburg, das sozusagen noch einer altösterreichischen Insel gleicht, auf der nur Aristokraten in behaglicher Zurückgezogenheit ihrer Villen und wohlhabende Bauern wohnen und wo von dem bösen Sozialismus wie vom Schwarzen Peter gesprochen wird. Und als ich von dem Balkon einer solchen Villa die ergreifend schönen Umrisse der lieben Berge in himmlischer Heiterkeit vor mir sah, begriff ich so recht die Unlust der Alpenländler, sich durch Wien in etwaige kommunistische Unruhen hineinziehen zu lassen. Ich glaube es den Leuten gern, daß sie sich sogleich von Wien absperren würden.

Am Nachmittag gelang es, einen Sitzplatz im beschleunigten Personenzug zu erwischen, der nun 14 Stunden bis Wien braucht. Zufällig kam ich neben den deutschen Geschäftsträger in Wien zu sitzen, was, abgesehen von einer selten anregenden und sympathischen Konversation, die Annehmlichkeit zur Folge hatte, daß mich das Botschaftsauto vor mein Hotel in Wien fuhr, wo Taxen für solche Fahrt rund 200 Kr. nehmen, wenn man überhaupt einen findet. Ein deutscher Schriftsteller erzählte mir, daß er zehn Hotels abgefahren sei, um endlich draußen bei der Südbahn ein Wanzenloch zu erhalten. Ich kann bestätigen, daß diese Wohnungsverhältnisse nicht Dichtung, sondern Wahrheit sind.

Wien ist in die unendliche Melancholie sterbender Vornehmheit versunken. Nicht als ob die Masse das besonders empfände. Aber die übervollen Nachtlokale, die Restaurants mit Kerzenbeleuchtung, Musik und märchenhaften Preisen kontrastieren doppelt schmerzlich mit den majestätisch weiten Plätzen, der grandiosen Linienführung der Straßen und der alten leisen Kultur, die nicht mehr im Verhältnis zu den neuen Verhältnissen stehen. Mit tiefer Ergriffenheit hörte ich in der Schweizer Hofkapelle der Burg den Chorgesang beim Hochamt. In seiner Vollendung, seiner Präzision war er gewissermaßen ein Finale des Ruhms, eine Abschiedsvorstellung der alten Kaiserstadt. Die Seele Wiens scheint sich in die Musik und die Kunst zu flüchten. Strauß' Premiere der „Frau ohne Schatten" ließ einen Glanz aufleuchten, der weit über die Stadtmauern der Welt kundtat, was Wien noch immer ist. Gleichzeitig wirkt Weingartner hier — das ist viel.

Aus der leisen Melancholie schreckten mich unsanft die weiteren Reisevorbereitungen auf. Rumänisches Visum, tschecho-slowakisches Visum, Schwierigkeiten der Geldhinübernahme. Und die Schauergeschichten über die Reisemöglichkeiten wuchsen ins Phantastische. Stehplatz auf dem Dache, Sitz auf dem Puffer — das waren im besten Falle die Aussichten. Verschiffte dauere es mit Umsteigen 48 Stunden, bei Nebel unabsehbar lange. Ein Auto koste 80 000 Kr. Ich entschied mich begreiflicherweise nicht für das letztere, sondern für den Zug. Das Gedränge war allerdings lebensgefährlich, doch fand mich der frühere ungarische Handelsminister Baron Sterenyi in sein Coupé, wo noch ein Platz frei war. So war ich auch gleich mitten in der ungarischen Politik, von der ich in den folgenden Artikeln berichten werde.

Ungarn — eine verkappte Monarchie

Wenn man Ungarn betritt, so hat man das Gefühl, einen großen Bienenstock vor sich zu haben, in dem ein grausamer Störenfried wild herumgestochert hat. Zwar ist der Störer, der Bolschewismus, beseitigt, aber die zornigen Bienen können nicht zur Ruhe kommen. Sie erheben ein starkes Gesumm, fliegen nach allen Richtungen umher, bilden immer neue Gruppen und Parteien und kommen vor Entsetzen über die großen Stücke, die man ihrem Korbe ausgebrochen hat, nicht dazu, wenigstens die innern Wohnungszellen auszubessern. Allerdings haben sie noch einen Feind im Lande, der, schlimmer als die Drohnen, durch schamlose Requirierung alle Arbeit hindert — das sind die Rumänen. Sie schleppen davon, was nicht niet- und